

SERIE ZU STATISTISCHEN ANALYSEN MIT BEZUG ZUR KOMMUNALEN EBENE

# Kommunaler Nachholbedarf

## Nur jedes zehnte kommunale Spitzenamt mit einer Frau besetzt

**O**b auf nationaler oder föderaler Ebene, in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Sektor – die Verteilung von politischer, ökonomischer, mithin gesellschaftlicher Macht zwischen den Geschlechtern ist seit mehr als einem Jahrhundert ein ständig wiederkehrendes Thema politischer Debatten. Mittlerweile haben alle im Bundestag vertretenen Parteien ein mehr oder minder flexibles Quorum für die Vergabe von Ämtern und Mandaten festgelegt. Besonders ambitioniert zeigten sich Linke und Grüne, die eine verbindliche Quote von mindestens 50 Prozent für alle Parteiämter und Mandate festlegten. Die CSU hat auf ihrem Parteitag im Jahre 2010 beschlossen, dass oberhalb der Orts- und Kreisverbände künftig 40 Prozent der Ämter mit Frauen besetzt werden sollen. Bei der SPD gilt ebenfalls eine feste Quote von 40 Prozent, während bei der CDU eine Regelung gefunden wurde, nach der ein Drittel der zur Wahl stehenden Personen weiblich sein muss. Allerdings kann dieses CDU-Quorum flexibel gehandhabt werden und ähnelt daher eher einer Absichtserklärung. Die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in den Führungspositionen der größten deutschen Unternehmen ist erst jüngst am politischen Widerstand der FDP und weiten Teilen der Union gescheitert. In unserer ständigen Rubrik zu statistischen Fragestellungen wollen wir in der aktuellen Ausgabe eruieren, wie sich diese Kontroverse in der Kommunalpolitik abbildet. UNTERNEHMERIN KOMMUNE hat dazu die Landkreise und kreisfreien Städte dahingehend untersucht, wie es sich dort mit der Verteilung zwischen den Geschlechtern verhält.

In der statistischen Betrachtung der Verteilung zwischen Frauen und Männern wurden alle Landkreise und kreisfreien Städte berücksichtigt, die aktuell über einen gewählten Verwaltungschef verfügen. Dies betrifft bis auf drei Landkreise und eine kreisfreie Stadt sämtliche kommunale Einheiten auf der besagten Ebene. Somit gingen 291 Landkreise und 111 kreisfreie Städte in die Berechnung ein.

Ein erster Befund für diese höchste kommunale Ebene ergibt ein erstaunliches – aus feministischer Perspektive sogar erschreckendes – Bild. Mit einem Anteil von 9,25 Prozent sind weniger als ein Zehntel der Landräte und Oberbürgermeister kreisfreier Städte Frauen. Nur 22 der 291 berücksichtigten Landkreise werden von einer Frau geführt, was einem Anteil von lediglich 7,6 Prozent entspricht. Es passt ins Klischee, dass die Befreiung von tradierten Rollenbildern in urbanen Regionen leichter fallen mag, wenn der Frauenanteil hinsichtlich der Oberbürgermeisterposten in kreisfreien Städten deutlich höher ist. Hier sind es mit 15 von 111 kreisfreien Städten 13,8 Prozent, denen eine Frau vorsteht. Allerdings liegt auch dieser Wert deutlich unter dem Anteil der Ministerpräsidentinnen (ein Viertel) an der Gesamtzahl der Länderchefs, der Bundesministerinnen im dritten Kabinett Merkel (ein Drittel) oder der weiblichen Abgeordneten im neuen Deutschen Bundestag (36 Prozent).

### Die Union ganz am Ende







Hinsichtlich eines Vergleichs der unterschiedlichen politischen Strömungen wird im Sinne der statistischen Validität eine Mindestzahl von drei Mandaten als Landrat oder als Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt formuliert. Damit fallen die FDP und verschiedene lokale Wählergruppierungen aus dem Sample heraus. Dort

verbleiben die CDU mit 134, die SPD mit 128, die CSU mit 60, die Freien Wähler mit 16, die Linke mit acht, die Bündnisgrünen mit drei und die Gruppe der Parteiloseren mit 49 Mandaten als Landrat oder Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt. Selbstverständlich steigt die statistische Aussagekraft proportional zur Anzahl der Mandate. So besitzt der Umstand, dass die derzeit drei grünen Oberbürgermeister kreisfreier Städte sämtlich männlichen Geschlechts sind weniger statistische Strahlkraft als die Tatsache, dass unter den 46 CSU-Landräten im Freistaat Bayern keine einzige Frau ist.

Generell ist es die Union, die von einer gleichgewichteten Verteilung unter ihren Mandatsträgern deutlich weiter entfernt ist, als die anderen Parteien. So steht nur 2,5 Prozent der unionsgeführten Landkreise eine Frau vor – also in jedem 40sten Fall. Mit 11,4 Prozent wird bei den kreisfreien Städten eine deutlich bessere Quote

erreicht. Dennoch liegt die Union auch hier unter dem Durchschnitt aus allen Parteien. Im Vergleich zwischen CDU und CSU schneidet letztere noch deutlich schlechter ab als ihre Schwesterpartei. Von den insgesamt 60 CSU-Mandaten als Landrat oder Oberbürgermeister ist nur eines mit einer Frau besetzt – mit Gabriele Bauer, der Oberbürgermeisterin der oberbayerischen Stadt Rosenheim. Doch auch bei der CDU werden lediglich vier der insgesamt 109 Landratsposten von einer Frau gehalten. Bei den Oberbürgermeisterinnen ergibt sich für die Christdemokraten eine deutlich höhere Quote von 14,3 Prozent. Helma Orosz, die als Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden die größte von einer Frau geführte kommunale Einheit repräsentiert, gehört ebenfalls der CDU an. Oberbürgermeister kreisfreier Städte und Landräte kumuliert, erreichen die beiden Unionsparteien zusammen einen Anteil von 4,1 Prozent weiblicher Verwaltungschefs

### Vergleich der Verteilung zwischen Frauen und Männern nach Parteizugehörigkeit

	OB's kreisfreier Städte		Landräte		Gesamt	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
CDU 	14,3 % (3)	85,7 % (18)	<b>3,5 % (4)</b>	96,5 % (109)	5,2 % (7)	94,8 % (127)
CSU 	7,1 % (1)	92,9 % (13)	0	100 % (46)	<b>1,7 % (1)</b>	98,3 % (60)
SPD 	10,2 % (6)	89,8 % (53)	13 % (9)	87 % (60)	11,7 % (15)	88,3 % (113)
Freie Wähler 	0	0	12,5 % (2)	87,5 % (14)	12,5 % (2)	87,5 % (14)
Die Linke 	100 % (2)	0	83,3 % (5)	<b>16,7 % (1)</b>	87,5 % (7)	<b>12,5 % (1)</b>
Bündnis 90 / Grüne 	0	100 % (3)	0	0	0	100 % (3)
Parteilos	18,2 % (2)	81,8 % (9)	5,3 % (2)	94,7 % (36)	8,2 % (4)	91,8 % (45)
Gesamt incl. Sonstige	<b>13,8 % (15)</b>	<b>86,2 % (96)</b>	<b>7,6 % (22)</b>	<b>92,4 % (269)</b>	<b>9,25 % (37)</b>	<b>90,75 % (365)</b>

(In Klammern lesen Sie die absoluten Werte. Die prozentualen Extreme hinsichtlich einer besonders geringen Vertretung von Frauen bzw. Männern sind fett gedruckt. Bündnis90/Grüne wurden dabei aufgrund der geringen Fallzahl ausgespart.)

– also nur jeder 25ste Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt bzw. Landrat aus den Reihen der Union ist eine Frau.

Die andere große Volkspartei – die SPD – erreicht deutlich bessere Werte. Doch mit 11,8 Prozent ist auch hier nur knapp jeder zehnte Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt oder Landrat weiblich. Insgesamt ordnet sich die SPD etwa im Durchschnitt der Verteilung ein. Von Interesse ist allerdings, dass sie die einzige Partei ist, die prozentual mehr weibliche Landräte stellt, als Oberbürgermeisterinnen kreisfreier Städte. Die Freien Wähler agieren insbesondere im ländlichen Raum und stellen daher keine Oberbürgermeister. Mit 12,5 Prozent weiblicher Landräte liegen sie in dieser Kategorie etwas über dem Schnitt. Die sehr heterogene Gruppe der Parteilosen gliedert sich ebenfalls rund um die jeweiligen Mittelwerte ein – bei den kreisfreien Städten etwas darüber und bei den Landkreisen etwas darunter. Die Partei Die Linke fällt vollständig aus dem Rahmen. Unter den acht Landräten und Oberbürgermeistern kreisfreier Städte der Linken ist nur ein einziger Mann. Der Frauenanteil liegt damit bei annähernd 90 Prozent. Dieses Ergebnis ist diametral entgegengesetzt zu allen anderen Parteien und politischen Strömungen. Und auch im neu gewählten Bundestag ist Die Linke die Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil.

### Enorme Ost-West-Verwerfung

In den Neuen Bundesländern ist der Frauenanteil an der Spitze der höchsten kommunalen Einheiten mehr als dreimal so hoch wie im Alt-Bundesgebiet. Mehr als 20 Prozent der Oberbürgermeister kreisfreier Städte und Landräte in Ostdeutschland sind weiblich. Im Westen des Landes sind es lediglich 6,7 Prozent. Proportional

### Vergleich der Verteilung zwischen Frauen und Männern nach Bundesländer

	OB's kreisfreier Städte		Landräte		Gesamt	
	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.
Baden-Württemberg	<b>0</b>	100 % (9)	5,7 % (2)	94,3 % (33)	<b>4,5 % (2)</b>	95,5 % (42)
Bayern	<b>8 % (2)</b>	92 % (23)	<b>2,8 % (2)</b>	97,2 % (69)	<b>4,2 % (4)</b>	95,8 % (92)
Brandenburg	25 % (1)	75 % (3)	7,7 % (1)	92,3 % (12)	11,8 % (2)	88,2 % (15)
Hessen	<b>0</b>	100 % (5)	4,8 % (1)	95,2 % (20)	<b>3,8 % (1)</b>	96,2 % (25)
Mecklenburg-Vorpommern	50 % (1)	50 % (1)	40 % (2)	60 % (3)	42,9 % (3)	57,1 % (4)
Niedersachsen	10 % (1)	90 % (9)	5,6 % (2)	94,4 % (34)	6,5 % (3)	93,5 % (43)
Nordrhein-Westfalen	13 % (3)	87 % (20)	<b>3,2 % (1)</b>	96,8 % (30)	7,4 % (4)	92,6 % (50)
Rheinland-Pfalz	<b>8,3 % (1)</b>	91,7 % (11)	4,2 % (1)	95,8 % (23)	5,6 % (2)	94,4 % (34)
Saarland	100 % (1)	0	33,3 % (2)	66,7 % (4)	42,9 % (3)	57,1 % (4)
Sachsen	66,7 % (2)	33,3 % (1)	<b>0</b>	100 % (10)	15,4 % (2)	94,6 % (11)
Sachsen-Anhalt	<b>0</b>	100 % (3)	<b>0</b>	100 % (11)	<b>0</b>	100 % (14)
Schleswig-Holstein	25 % (1)	75 % (3)	18,2 % (2)	81,8 % (9)	20 % (3)	80 % (12)
Thüringen	33,3 % (2)	<b>66,7 % (4)</b>	35,3 % (6)	<b>64,7 % (11)</b>	34,8 % (8)	<b>65,2 % (15)</b>
Stadtstaaten	0	100 % (4)	–	–	0	100 % (4)
Neue Bundesländer	33,3 % (6)	66,7 % (12)	16,1 % (9)	83,9 % (47)	20,3 % (15)	79,7 % (59)
Alte Bundesländer	9,8 % (9)	90,2 % (83)	5,5 % (13)	94,5 % (222)	6,7 % (22)	93,3 % (305)
Gesamt	<b>13,8 % (15)</b>	<b>86,2 % (96)</b>	<b>7,6 % (22)</b>	<b>92,4 % (269)</b>	<b>9,25 % (37)</b>	<b>90,75 % (365)</b>

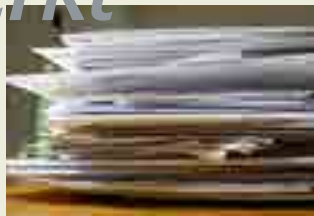
(In Klammern lesen Sie die absoluten Werte. Die prozentualen Extreme hinsichtlich einer besonders geringen Vertretung von Frauen oder Männern sind fett gedruckt. Das Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und die Stadtstaaten wurden dabei aufgrund der äußerst geringen Fallzahl ausgespart. Die Stadtstaaten wurden in die Rubrik der kreisfreien Städte eingeordnet. Beim Vergleich zwischen neuen und alten Bundesländern wurde Berlin nicht berücksichtigt.)

sind Frauen im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern am stärksten vertreten. Allerdings ist dort mit jeweils sieben Verwaltungschefs die Grundgesamtheit der aktuellen Mandatsträger besonders gering. Von den einwohnerreicheren Ländern weist Thüringen den höchsten Frauenanteil auf – zwei von sechs Oberbürgermeistern und sechs von 17 Landräten dort sind Frauen. Ein anderes ostdeutsches Bundesland findet sich ganz am Ende der Statistik. Unter den Flächenländern ist Sachsen-Anhalt das einzige,

in welchem sich weder eine Landrätin noch eine Oberbürgermeisterin einer kreisfreien Stadt finden lässt.

Neben den gravierenden Ost-West-Unterschieden zeigt sich auch ein leichtes Nord-Süd-Gefälle. So weisen die südlichen Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Hessen neben dem bereits erwähnten Sachsen-Anhalt den geringsten Frauenanteil aus. Die Werte gruppieren sich hier jeweils um vier Prozent. Auch Rheinland-Pfalz erreicht lediglich 5,6 Prozent. Für das Alt-Bundesgebiet lässt sich eine nahezu kontinuierliche Steigerung des Frauenanteils konstatieren, je weiter man auf dem Weg von Garmisch-Partenkirchen nach Flensburg vorankommt. So passt es ins Bild, dass Schleswig-Holstein neben dem kleinen Saarland den höchsten Frauenanteil unter den Alt-Bundesländern aufweist. Allerdings liegt der Wert für Schleswig-Holstein mit 20 Prozent noch unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. In den vier Städten der drei bundesdeutschen Stadtstaaten sitzt überall ein männlicher Rathauschef. Mit Kiel (Susanne Gaschke/SPD), Schwerin (Angelika Gramkow / Linke), Saarbrücken (Charlotte Britz/SPD) und Dresden (Helma Orosz/CDU) werden allerdings vier der 13 Hauptstädte der Flächenländer von einer Frau regiert. ■

## Angemerkt



Die kommunale Ebene hat viel aufzuholen was die Integration von Frauen in Spitzenämter anbelangt. So muss konzediert werden, dass die Kommunen jene politische Ebene darstellen, in der weibliche politische Repräsentation mit Abstand am geringsten ausgeprägt ist. Dass Ostdeutschland mit seiner deutlich intensiveren Erwerbsgeschichte von Frauen noch am ehesten auf der Höhe der Zeit ist, mag kaum überraschen. Auch die Nord-Süd-Verschiebung passt ins Bild. In Regionen mit einer langen sozialdemokratischen bzw. linken Prägung scheinen Frauen es auch heute noch leichter zu haben, in kommunale Spitzenämter vorzudringen. Doch auch wenn die Unionsparteien bzw. die Regionen, in denen sie lange Zeit dominierten, ganz am Ende der Statistik rangieren, besteht für die politischen Kontrahenten kaum Anlass, sich selbst besonders progressiv und/oder emanzipatorisch zu wähnen. Denn schließlich werden auch hier keine Quoten erreicht, die marginale 20 Prozent überschreiten. Einzige Ausnahme ist Die Linke, die mit geradezu radikaler Vehemenz vollständig aus dem Rahmen fällt.

Falk Schäfer



www.vfke.org